

Waren (Müritz), 26.06.2013

Sehr geehrter Herr Dr. Ewen,  
sehr geehrter Herr Dr. Wulfhorst,  
sehr geehrte Frau Renkamp,

mit sofortiger Wirkung beendet die Bürgerinitiative Ortsumgehung Waren BIOW! ihre Mitarbeit in der Begleitgruppe zur Bürgerbeteiligung „Ortsumgehung Waren“.

Es ist inzwischen deutlich geworden, dass das laufende Verfahren nicht geeignet ist, die von Minister Schlotmann in seiner offiziellen Pressemitteilung vom 31.08.2012 gestellten Fragen zu beantworten, „Braucht Waren (Müritz) eine Ortsumgehung?“, „Ist eine Ortsumgehung überhaupt notwendig?“ und wenn, „Welche Variante wird von den Bürgern favorisiert?“.

Die starre und unbeirrbar und zugleich rechtlich nicht verankerte Vorgabe aus dem Ministerium zu wesentlichen Eckpunkten des Verfahrens (Auswahl des Moderators, Verfahrensablauf wird von „oben“ bestimmt, Votum zusammen mit Bundestagswahl, Reduzierung der Frage auf Ortsumgehung „Ja/Nein“ nicht mehr „Wie“) zielt auf ein bestimmtes Ergebnis ab:

„Ortsumgehung“ wird hier eindeutig als Lösung für die Probleme der Warener Bürger verkauft. Der Begriff an sich suggeriert dem nicht anders informierten Stadtbewohner grundsätzlich etwas Positives – Verkehr und Lärm werden einfach außerhalb der Stadt abgelenkt. Bürger, die nicht an den Informationsveranstaltungen teilgenommen oder sich auch sonst nicht um Informationen bemüht haben, werden diesem Irrtum verfallen. Dieser Effekt wird vom Ministerium gutgeheißen - oder gar wohlwollend mitgenommen, wenn der Termin für das Bürgervotum mit der Bundestagswahl zusammengelegt wird. Hier werden die stark überwiegenderen Stimmen von nicht informierten Bürgern gesammelt – Ist das ein qualifiziertes Bürgervotum?

Der eigentliche Kern der Frage für die Warener Bürger ist der Verkehrslärm. Die beiden Fachvorträge von unabhängigen Experten zu Verkehr und Lärm in der Öffentlichen Veranstaltung am 12. April 2013 machten deutlich, dass der Effekt der geplanten Varianten für die Verringerung des innerstädtischen Verkehrs sehr fragwürdig und ein Effekt für die Lärmreduzierung nicht vorhanden oder verschwindend gering ist. Die Nichtbereitstellung des vom Straßenbauamt zugrunde gelegten Verkehrsberechnungsmodells für den Experten als auch der Umgang mit den Ergebnissen der beiden Vorträge zeigt, wie offen das Verfahren gegenüber kritischen Einschätzungen zur Ortsumgehung ist. Die deutliche Infragestellung der vorliegenden Verkehrsplanungen am 12. April wird von den Moderatoren, dem Straßenbauamt und dem Ministerium offensichtlich verdrängt. Denn hier wurde die ausgehende Frage des Ministers nach der Notwendigkeit einer Ortsumgehung zumindest für die Warener Bürger schon beantwortet: eine Ortsumgehung bringt keine relevante Verbesserung für innerstädtischen Verkehr und Lärm – keine Lösung des Problems!

Gleichzeitig werden die Folgen einer „Ortsumgehung“ für die Stadt nicht ausreichend dargestellt. Wie Herr Lange vom Straßenbauamt am 12. April so vielsagend auf eine Frage sinngemäß antwortete: „Was dann in der Innenstadt passiert, haben wir nicht betrachtet!“

Der Raumwiderstand von geschützten Biotopen und Tierarten und von lärmempfindlichen Wohngebieten wird zwar erfasst und zur Favorisierung einer Variante genutzt, die Auswirkungen wie zusätzliche Verlärmung und zusätzliche Überbauung bisher noch unberührter Stadtgebiete quasi verschwiegen. Wenn auch der sogenannte

Raumwiderstand hier geringer ist als in den angrenzenden Flächen, so ist er für eine Schnellstraße jedoch noch immer viel zu hoch! Im Falle einer Brücke über den Tiefwareensee würden dann auch zentrale, innerstädtische Erholungsflächen unter diesen Folgen leiden – hier kann nicht von einer „Ortsumgehung“ gesprochen werden.

Die Information kommen nicht beim Bürger an. Trotz einiger Veranstaltungen, Pressemitteilungen und einer umfangreichen Internetseite wissen viele Warener nicht, worum es bei dem Verfahren geht, welche Varianten geplant sind und dass sie sich zur Bundestagswahl auch zu einer Ortsumgehung erklären sollen. Wie können solch unvorbereitete Bürger ein qualifiziertes Votum erstellen, wenn auch den üblichen Ansprüchen einer demokratischen Abstimmung ansonsten Rechnung getragen wird. Es stellt sich die Frage, was solch eine Bürgerbeteiligung dann bringen soll.

Muss eine Entscheidung für eine Ortsumgehung nicht eigentlich fachlich unfassend und ausgewogen getragen und mit Betroffenen abgestimmt werden. Was bringt eine Stimme eines nicht betroffenen Bürgers, der außerdem nicht weiß, worum es geht? Bringt diese falsch verstandene Demokratie im Extremfall nicht mehr Schaden als Nutzen? Die Kritik geht hier vor allem an die fachlich Verantwortlichen, die Ihre Aufgabe bisher offensichtlich oberflächlich und/oder einseitig ausgerichtet (Ministerium, Straßenbauamt) oder gar nicht mehr erfüllen (Stadt Waren (Müritz)). Bürger hier heranzuziehen, um eine mögliche fachlich nicht durchdachte Planung mitzutragen, ist verantwortungslos.

Unsere kritische Betrachtung des Verfahrens haben wir von Anfang an versucht im Sinne einer konstruktiven Mitarbeit in der Begleitgruppe auch in der direkten Kommunikation mit den Moderatoren vom Team Ewen als auch beim Vertreter des Ministeriums, Dr. Wulfhorst, einzubringen. Nach den letzten Antworten auf unsere Anfragen und Hinweise gibt es bei Ihnen keine Bewegung mehr, was uns zu der Entscheidung des Austritts aus der Begleitgruppe bewogen hat.

Mit freundlichen Grüßen

BIOW! Bürgerinitiative Ortsumgehung Waren  
i.A. Jens Rupprecht

c/o Markus Astfalck  
Güstrower Straße 1  
17192 Waren (Müritz)

[post@biow.info](mailto:post@biow.info)  
[www.biow.info](http://www.biow.info)